



NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL
AUGUST 2022 | AUSGABE 1



MEIN NEUER NEWSLETTER

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

darf ich mich kurz vorstellen? Ich bin Nina Andrieshen, 42 Jahre alt und wohne mit meinem Mann und unseren drei Kindern in Bocholt. Bis zu meinem Einzug in den Landtag NRW habe ich lange Zeit als Erzieherin gearbeitet.

Umso mehr freue ich mich, dass ich nun im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, der Kinderschutzkommission und im parlamentarischen Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch mitarbeiten darf. Auch mit meinem zweiten Herzensthema, dem Umweltschutz, bin ich im Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Verbraucher:innenschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume gut aufgehoben.

Ab sofort werde ich mich regelmäßig mit meinem Newsletter bei euch melden und über das aktuelle Geschehen im Landtag von NRW und hier vor Ort zu informieren.

Ihr wollt mehr über unsere Anträge wissen? Mit einem Klick auf den entsprechenden **gekennzeichneten Link** bekommt ihr noch mehr Informationen. Viel Spaß beim Lesen!

Eure Nina

INHALT

AUS DEM LANDTAG

- Antrag: Nordrhein-Westfalen braucht ein Entlastungspaket
- Kleine Anfrage - Energiekostensteigerungen und Corona-Schutzmaßnahmen in Kitas und Schulen

Seite 2

- Antrag: Regionalpartnerschaft von NRW und der Ukraine
- Antrag: Für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen

Seite 3

- Antrag: Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen
- Antrag: Ausreichender Hitzeschutz in alters- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen gewährleisten

Seite 4

- Ausschussarbeit: Im Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch
- Antrag: Psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken

Seite 5

AUS DEM WAHLKREIS

- Veranstaltung der Stadt Vreden zur Salzgewinnung

Seite 6

- Besuch der Verbraucherzentrale in Gronau

Seite 7



CDU UND GRÜNE LASSEN DIE MENSCHEN ALLEIN

ZUM ANTRAG DER SPD - NORDRHEIN-WESTFALEN BRAUCHT EIN ENTLASTUNGSPAKET ZUR BEWÄLTIGUNG DER STEIGENDEN KOSTEN DURCH INFLATION UND ENERGIEPREISE



NRW braucht ein Entlastungspaket zur Bewältigung der steigenden Kosten durch Inflation und Energiepreise. Denn durch die aktuellen Krisen werden besonders Menschen mit geringen und mittleren Einkommen belastet. Es müssen jetzt schnelle und nachhaltige Maßnahmen für die Menschen in NRW ergriffen werden. Während die Regierung nach wie vor auf den Bund verweist, verlieren wir wichtige Zeit um auch von der Landesseite her etwas für die Menschen zu tun.

Die Verpflegung in Kitas und Schulen soll schrittweise kostenfrei werden. Gerade auf diese Maßnahmen hat das Land explizite Einflussmöglichkeiten! Außerdem wollen wir **einen 300 Millionen Euro Notfallfonds einsetzen**, um die Menschen in NRW, denen Gas- und Stromsperren drohen, finanziell abzusichern.

Der Gegenvorschlag von Schwarz-Grün wurde diese Woche ebenfalls behandelt. Leider finden sich in dem Antrag der Regierungsparteien kaum konkrete Maßnahmen. Stattdessen wurde immer wieder pauschal auf den Bund verwiesen. Dies ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis und lässt jegliche Regierungsverantwortung in NRW vermissen.

Wir als SPD machen **in unserem Antrag** konkrete Vorschläge, wie wir die Menschen in NRW gezielt entlasten können. Z.B. fordern wir Energiegutscheine zur direkten Begleichung von Strom- und Gasrechnungen. Familien wollen wir entlasten, indem wir die Gebühren für die Offene Ganztagschule und Kitas streichen.

ENTLASTUNG FÜR TRÄGER VON KITAS UND SCHULEN?

KLEINE ANFRAGE - ENERGIEKOSTENSTIEGERUNGEN UND CORONA-SCHUTZMASSNAHMEN IN KITAS UND SCHULEN - WAS PLANT DIE LANDESREGIERUNG?

Die Energiekosten steigen rasant und erreichen immer neue, besorgniserregende Rekordwerte. Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie noch nicht beendet. Stoßlüften, Energiesparen und rasant steigende Heizkosten bzw. Betriebskosten - das alles stellt die Kitas und Schulen vor große finanzielle Herausforderungen, die immer schwerer zu bewältigen sind.



Während mit Blick auf die Coronapandemie die bisherige Strategie des Lüftens beibehalten und auf Luftfilter verzichtet wird, verweist die Regierung bei der Frage nach Entlastung bei den immensen Energiekosten lediglich auf Förderprogramme für klimafreundlichere Umbaumaßnahmen. Das geht an der derzeitigen Realität vieler Schulen und Kitas aber einfach vorbei - denn Umbauarbeiten brauchen Zeit und Geld. Beides fehlt im System. Eine lösungsorientierte Politik sieht anders aus.

Ich habe in einer **Kleinen Anfrage** unter anderem von der Landesregierung wissen wollen, in welchem Maße sie die Träger der Kitas und Schulen von den Energiekosten entlasten möchte. Die Antwort ließ lange auf sich warten. Das Ergebnis: klare Pläne und Lösungsvorschläge seitens des Landes bleiben leider aus.



SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE - NACHBARN HELFEN

ZUM ANTRAG - NACHBARN, DIE EINANDER HELFEN:
REGIONALPARTNERSCHAFT VON NRW UND DER UKRAINE VORANTREIBEN

Seit 2014 greift die Russische Föderation unter Wladimir Putin die Ukraine an. In dem völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Krieg wird die Ukraine in enger Abstimmung mit der NATO und der Europäischen Union von der Bundesregierung unterstützt. Wir wollen, **gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen** im Landtag, dass auch die Landesregierung über regionale Partnerschaften wichtige Akzente setzt. Eine solche Partnerschaft erleichtert nicht nur die Zusammenarbeit und den wirtschaftlichen wie auch kulturellen Austausch, sie ist auch ein wichtiges Zeichen gelebter Solidarität.



BEZAHLBARES WOHNEN - NRW MUSS SELBER HANDELN

ZUM ANTRAG - SCHWARZ-GRÜN IST DER BREMSKLOTZ FÜR BEZAHLBARES WOHNEN: DIE LANDESREGIERUNG MUSS ENDLICH SELBST HANDELN UND FÜR DIE MIETERINNEN UND MIETER SICHERHEIT SCHAFFEN

Viele Menschen in NRW sind von den umfassenden Auswirkungen der vielfältigen Krisen betroffen. Mit 18,7 Prozent ist die Armutsgefährdungsquote in NRW im Vorjahresvergleich (17,6 Prozent) nochmals angestiegen. Insbesondere den Haushalten, die finanziell nichts zuzusetzen haben, droht eine Abwärtsspirale aus Einschränkung des privaten Konsums, Abbau des Ersparnen, über Verschuldung und Überschuldung, bis hin zu Pfändung, Zwangsäumung und Wohnungslosigkeit. Für viele Menschen hat diese Spirale bereits Fahrt aufgenommen. Das ist die soziale Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen.

Dies Probleme können nur durch gesamtstaatliches Handeln bewältigt werden. Hierzu müssen Bund, Länder, Kommunen, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft ihren Beitrag leisten. Dies gilt insbesondere auch für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum.

Die von der Landesregierung geplanten Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus. 9.000 mietpreisgebundene Wohnungen pro Jahr sind zu wenig. Wir fordern 25.000! Eine dringend erforderliche Neufassung des Mieterschutzes ist nicht in Sicht.



Die Bekämpfung des Mietpreisanstieges findet mit Schwarz-Grün nicht statt.

In Anbetracht der hohen Energiepreise **fordern wir außerdem**, in Absprache mit der Wohnungswirtschaft in NRW, einen Pakt für einen freiwilligen Mietpreis-Stopp bis einschließlich 2025, sowie ein flächendeckendes Kündigungsmoratorium, damit die Nebenkostenabrechnungen nicht zum Wohnungsverlust führen.

Zusätzlich benötigen wir einen Rettungsschirm für die hilfebedürftigen Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen, um die Versorgung der Kund:innen mit Energie zu sichern.



SO SELBSTVERSTÄNDLICH WIE TOILETTENPAPIER - MENSTRUATIONSARTIKEL IN ÖFFENTLICHEN GEBÄUDEN

ZUM ANTRAG DER SPD - KOSTENFREIE MENSTRUATIONSARTIKEL IN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN, SO SELBSTVERSTÄNDLICH WIE TOILETTENPAPIER - DAS LAND MUSS DIESE SINNVOLLE MASSNAHME FÖRDERN!



Fast jede Frau kennt das Gefühl, wenn auf einmal klar wird – es fehlt ein Tampon. Danach zu fragen ist häufig sehr unangenehm, insbesondere für Mädchen, die in der Pubertät stecken. Außerdem ist es ein großer finanzieller Posten, der gerade Frauen und Mädchen mit kleinen Einkommen stark belastet. So haben Hartz-IV-Bezieherinnen lediglich 17,14€ pro Monat für Hygieneartikel zur Verfügung – aber eine Packung Tampons und eine Packung Binden kosten zusammen schon ca. 5 bis 7 Euro. Die jetzigen Preissteigerungen sind da noch gar nicht eingerechnet. Schottland hat es vor einigen Wochen vorgemacht, und stellt nun in allen öffentlichen Gebäuden kostenfreie Menstruationsartikel zur Verfügung - und zwar so, dass eben nicht danach gefragt werden muss. Auch hier gehen viele Kommunen und Hochschulen bereits vor. **Wir fordern**, dass auch das Land NRW seinen Beitrag leistet und in öffentlichen Gebäuden kostenlos Menstruationsartikel bereitstellt!



HITZESCHUTZ - GERADE FÜR DIE SCHWÄCHEREN

ZUM ANTRAG DER SPD - IN NORDRHEIN-WESTFALEN MUSS IN ALLEN ALTERS- UND GESUNDHEITSBEZOGENEN EINRICHTUNGEN EIN AUSREICHENDER HITZESCHUTZ GEWÄHRLEISTET SEIN!

Die Extremtemperaturen in den Sommern nehmen immer weiter zu – und gerade Ältere und pflegebedürftige Menschen sind immer stärker gefährdet. Die neue Landesregierung hat angekündigt, die Klimaanpassungsmaßnahmen in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern voranzutreiben. Dabei werden alle möglichen Einrichtungen, in denen sich weitere gefährdete Risikogruppen befinden, nicht berücksichtigt. Im Gegensatz dazu gibt es gerade in Altenheimen, Pflegeheimen oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe keine ausreichenden Hitzeschutzmaßnahmen. Pläne zur Bewältigung der Folgen durch extreme Hitze sind bisher nicht vorgesehen. Da es aber gerade in diesen Einrichtungen einen sehr hohen Anteil an Menschen der Risikogruppe von extremer Hitze gibt, müssen dort schnell die richtigen Weichen für einen ausreichenden Hitzeschutz gestellt werden.

In unserem Antrag fordern wir, endlich alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um einen Hitzeschutzplan und ein Sofortprogramm aufzulegen. Gerade Schutzbedürftige dürfen nicht einfach der Hitze ausgeliefert bleiben.





KINDESMISSBRAUCH ZERSTÖRT LEBEN

ZU MEINER ARBEIT IM PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS
KINDESMISSBRAUCH:

Vergangene Woche hat der „Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch“, dem ich als Mitglied und stellvertretende Vorsitzende angehöre, seine inhaltliche Arbeit zur Fortsetzung der Aufklärung der Verbrechen an über 40 sexuell missbrauchten Kindern in Lügde begonnen.

Mehr als eine Millionen Seiten müssen bisher gesichtet und ausgewertet werden, um beantworten zu können, wie es zu dem jahrelangen Missbrauch kam und ob dieser hätte verhindert werden können.

Neben der Landesregierung und den kommunalen Behörden werden nun auch die Gesundheitsbehörden und der Umgang mit den Opfern nach der Aufdeckung des Missbrauchs im Fokus der Arbeit des Ausschusses stehen.

Gestartet sind wir mit einer Sachverständigenanhörung zum Thema "Neue Entwicklungen im Kinderschutz", um wichtige Hinweise für unsere weitere Arbeit zu bekommen.

Die Arbeit im Ausschuss wird sicherlich nicht immer einfach, sondern im Gegenteil: sehr herausfordernd sein. Aber durch diesen Untersuchungsausschuss und dessen Ergebnisse haben wir die Möglichkeit, zukünftiges Leid bei den Kindern zu verkürzen oder sogar ganz zu verhindern. Das treibt uns alle in diesem Ausschuss an und das ist all die Mühe wert.



PSYCHOSOZIALE GESUNDHEIT IM BILDUNGSBEREICH STÄRKEN

ZUM ANTRAG DER SPD - WISSENSCHAFTLICH BELEGTE FOLGEN DER PANDEMIE ERNST NEHMEN. PSYCHOSOZIALE GESUNDHEIT VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND FAMILIEN IM BILDUNGSBEREICH STÄRKEN!

Mehr als 2 Jahre Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen haben ihre Spuren hinterlassen. Besonders gravierend sind die Folgen jedoch für die psychosoziale Gesundheit und Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen.

Laut der Copsy-Längsschnittstudie leidet fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten. Im Vergleich zu vorpandemischen Untersuchungen leiden deutlich mehr junge Menschen unter depressiven Symptomen, Essstörungen oder psychosomatischen Beschwerden. Es wird erhebliche Anstrengungen brauchen, um die Lebensqualität junger Menschen wieder zu verbessern und langfristig zu stabilisieren. Eine elementare Rolle spielt hierbei die Schul- und Bildungspolitik.

Darum fordern wir in **unserem Antrag** unter anderem:

- eine langfristige Sicherung und den Ausbau der Schulsozialarbeit, sowie einen festen Schlüssel für Schulpsycholog:innen
- therapeutische und psychiatrische Angebote auszuweiten
- Gesundheitsfachkräfte an allen Schulen, die Beratungsstrukturen für die psychosoziale Gesundheit der Schüler:innen ausbauen
- passgenaue verpflichtende Fortbildungen für Lehrer:innen, um sie für den Umgang mit Schüler:innen mit psychosozialen Herausforderungen zu sensibilisieren und zu stärken
- umfassende Präventions- und Heilungsstrategien, die auch kulturelle und sportliche Betätigung umfassen
- Kinder- und Jugendarbeit als wesentlichen Teil der Phasen "Kindheit und Jugend" anzuerkennen und deshalb Maßnahmen zu entwickeln, damit Einrichtungen in Krisenzeiten erreichbar bleiben.



VERANSTALTUNG DER STADT VREDEN ZUR SALZGEWINNUNG



VOLLES (SCHÜTZEN)HAUS ZUR VERANSTALTUNG DER STADT VREDEN ZUM THEMA "SALZGEWINNUNG"

Volles (Schützen)Haus am Montag, den 29. August bei der Veranstaltung der Stadt Vreden zur Salzgewinnung und der damit verbundenen Grundwasserproblematik in Doemern.

Was man auf dem Foto nicht sieht: Draußen vor den Türen und Fenstern waren noch einmal so viele Menschen, die leider einfach nicht mehr reinpassten. Das zeigt, wie sehr die Bürger:innen das Thema des immer knapper werdenden Grundwassers in Doemern durch die Salzgewinnung und die Dürre bewegt. Jährlich nutzt die Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mehrere Millionen Kubikmeter Wasser, um das unterirdische Salz erst aufzulösen und dann als Sole an die Chemieunternehmen in Marl und Rheinberg zu leiten. Doch in Zeiten des Klimawandels gehören solche Vorgehen dringend auf den Prüfstand gestellt. Zusammen mit Nadine Heselhaus und anderen Politiker:innen hatte ich vorab die Möglichkeit, die Auswirkungen auf die Natur zu begutachten. Vertrocknete Waldstücke oder der ausgetrocknete Ölbach zeigen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Klar ist: Für die Bürger:innen vor Ort ist eine Schmerzgrenze erreicht. Durch zunehmende Hitzesommer und fehlende Niederschläge kann sich der ohnehin schon niedrige Grundwasserspiegel nicht ausreichend erholen.

Vom kompletten Stopp des Salzabbaus durch Ausschwemmung mit dem Doemener Grundwasser, bis hin zu Alternativen wie z. B. der Nutzung von geklärtem Abwasser oder einer Kreislaufnutzung wurden viele Aspekte intensiv und auch emotional diskutiert.

Die Menschen vor Ort kämpfen gemeinsam für ihr Grundwasser - und auch ich werde dieses wichtige Thema mit nach Düsseldorf nehmen.

Dieser und andere Konflikte zwischen Industrie und Natur werden uns auch in Hinblick auf das Thema "Wasser" noch häufiger beschäftigen.



GROSSE HERAUSFORDERUNGEN - NICHT NUR FÜR DIE VERBRAUCHERBERATUNGEN - BESUCH DER VERBRAUCHERZENTRALE IN GRONAU



ZUM INFORMATIONSAUSTAUSCH (V.L.) TRAFEN SICH: NINA ANDRIESHEN, ELKE LIENING, HEIDI BUSKASE, SARAH LAHRKAMP UND RAFAEL LECH

Gemeinsam mit Sarah Lahrkamp, unserer Bundestagsabgeordneten für Borken/Steinfurt, und der stellvertretenden Gronauer SPD-Ratsfraktionsvorsitzenden, Heidi Buskase besuchte ich die Beratungsstelle Gronau, um mir ein Bild von der wichtigen Arbeit der Verbraucherzentralen zu machen. Gerade jetzt stehen die engagierten Mitarbeitenden vielen Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat zur Seite. „Die Beratungen zu Strom- und Gaslieferverträgen „boomen“ natürlich gerade“, berichtete uns Elke Liening, Leiterin der Beratungsstelle Gronau.

„Und sicherlich wird hier die Nachfrage noch weiter steigen“, ergänzte Rafael Lech; Regionalleiter Verbraucherzentrale NRW, „so dass hier ganz sicherlich zusätzliche Kapazitäten, auch im personellen Bereich, geschaffen werden müssen.“

Einig waren wir uns alle: die juristische Beratung ist nur eine Seite. Hier ist auch die Politik gefragt.

Unterstützung, zum Beispiel im Mietrecht, zu bieten, ist in jedem Fall die Aufgabe der Politik. Aber auch Positives wusste Elke Liening zu berichten: "Die digitale Beratung hat enorm zugenommen. Wir haben Corona auch als Chance genutzt. Durch die Unterstützung auf digitalen Kanälen haben wir nicht nur deutlich mehr Menschen insgesamt erreicht, sondern vor allem auch im Südkreis und den ländlichen Regionen."

Ich freue mich, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in so schweren Zeiten kompetente Unterstützung haben und werde mich in Düsseldorf auch weiterhin für die wichtige Arbeit der Verbraucherzentralen stark machen.

Newsletter zum Thema Chancengleichheit

Übrigens, durch meine Arbeit im Familienausschuss, der Kinderschutzkommission und im Untersuchungsausschuss "Kindesmissbrauch" bin ich Teil des Teams "Chancengleichheit" der SPD-Fraktion. In unserem Newsletter erfährst du mehr über unsere Arbeit.

Hier geht's zum Newsletter:
Team Chancengleichheit - August 2022

Impressum

Homepage: nina-andrieshen.de
Facebook: [ninaandrieshennrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshennrw)
Instagram: [nina_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

Nina Andrieshen MdL | Franzstraße 26 |
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138